

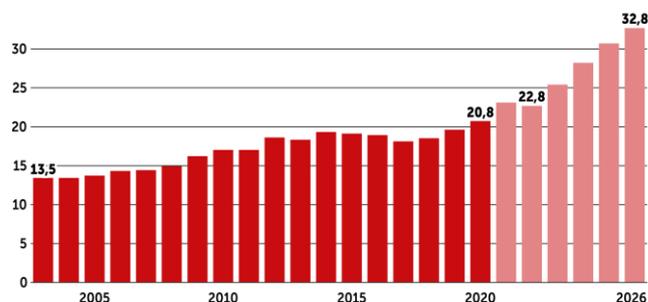
Ein 140-Milliarden-Pensionsloch, das niemanden interessiert.

Wir verjuxen die Zukunft unserer Kinder.

So betitelte Franz Schellhorn, Direktor des Thinktanks Agenda Austria seinen Beitrag im Profil 42/22. Und seine **Schlussfolgerung mit dem Verjuxen** der Zukunft begründete er mit seiner Analyse des Budgets von Finanzminister Brunner. Denn darin sei ersichtlich, dass fast die **gesamten Lohnsteuer-Einnahmen** des Staates **zur Defizitabdeckung des staatlichen Pensionssystems** gesteckt werden müssen. Bekanntlich gibt es seit Jahren eine Lücke zwischen den Einnahmen der arbeitenden Bevölkerung und den Auszahlungen für die Pensionisten, die der Staat als „Bundesbeitrag“ – also **mit Steuergeld – abdecken muss, damit die Pensionen bezahlt werden können.**

So hoch sind die jährlichen Zuschüsse ins Pensionssystem

– die Pensioskosten im Budget, in Milliarden Euro



Quelle: BMF.

Anmerkung: Bei den Zuschüssen zu den Pensionen sind der Bundeszuschuss zu den ASVG-Pensionen und die Pensionen der Beamten inkludiert. Die Werte ab 2021 sind die Prognosewerte.



Jeder 4. Steuer-Euro verschwindet im Budgetloch

Die **Lücke im staatlichen Pensionssystem explodiert** von 20,8 (2020) **auf 32,8 Mrd. im Jahr 2026**, wie obige Graphik von Agenda Austria eindrucksvoll zeigt. Alleine von 2022 bis 2026 **müssen unglaubliche 140 Mrd. Euro** aus dem Bundesbudget bereitgestellt werden, um die Pensions-Defizite abzudecken. Um zu zeigen, wie gigantisch diese Summe ist, bringt Schellhorn einen Vergleich: Diese 140 Mrd. Euro (die wir in diesen 5 Jahren „verbraten“) sind **40 Prozent der gesamten** bis heute aufgehäuften **Staatsverschuldung Österreichs.**

Fast logisch legt Direktor Schellhorn den Finger in die zweite „finanzielle Wunde“ und erinnert daran, dass auch der **Staat Österreich seit Jahrzehnten nur Defizite produziert.**

„Größter Schuldentreiber sind und bleiben die kolossalen Abgänge im Pensionssystem“, so Schellhorn im Profil.

In 4 Jahren werden wir ein „höchst unerfreuliches Jubiläum“ feiern. Dann werde Österreich **seit dem Jahr 1955 gezählte 70-mal ein Staatsdefizit produziert haben.** Nur in einem einzigen Jahr - 2019 – hätte es einen mageren Budget-Überschuss gegeben.

Insgesamt hat Österreich seit Bestehen die beachtliche Summe von **351.241.372.986 Euro Staatschulden angehäuft** (Stand 23.11. um 21:46 Uhr). Man kann dem sekundlichen Wachsen unserer Schulden auf der Webseite <https://staatsschulden.at/> zusehen.

Und tatsächlich stimmt die Rechnung von Hrn. Schellhorn: 140 Mrd. sind tatsächlich 40 % unserer Gesamtschulden, die wir in den letzten Jahrzehnten angesammelt haben. Da die **demographischen Entwicklungen** (wir werden stetig älter, gehen aber immer noch so früh in Pension wie vor 50 Jahren, gleichzeitig kommen weniger Junge nach) an einem Beibehalten der Defizite im Pensionssystem keinen Zweifel lassen, werden also auch die **Staatschulden** die nächsten Jahre und Jahrzehnte heftig **in die Höhe schmalzen**.

Unabhängiger Kometeneinschlag? Kein Interesse?

Dir. Schellhorn weiter: „Umso überraschender ist, dass kaum noch jemand an diesem Thema interessiert zu sein scheint. Ganz so, als handelte es sich dabei um einen unabwendbaren Kometeneinschlag, den wir einfach ausblenden, um uns noch ein paar schöne Stunden zu machen. Während in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten über eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalter in Richtung 70 diskutiert wird, vertschüssen wir uns noch schnell mit Anfang 60 in die Frühpension.“

Schellhorn bringt **aktuelle Zahlen zur Entwicklung des Pensionssystems**: Die Zahl der Erwerbstätigen werde bis 2050 um 300.000 sinken und jene der Pensionisten um eine Million steigen. Und damit würden **im Jahr 2050 1,3 Erwerbstätige für einen Rentner aufkommen**. In den 80-er Jahren des vorigen Jahrhunderts war das Verhältnis noch 3:1. Und in den 50-er Jahren finanzierten sogar 6 Arbeitnehmer 1en Pensionisten.

„Irgendwann werden wir nachkommenden Generation erklären müssen, was wir uns dabei gedacht haben, ihnen einen riesigen Schuldenberg samt einem nicht mehr zu finanzierenden Sozialstaat zu überlassen.“ So Schellhorn.

Pensionssicherungskommission bestätigt die Prognose von Agenda Austria

Das Ö1-Mittagsjournal vom 18.11. informierte darüber, dass die Pensionssicherungskommission ihre **neue Mittelfrist-Prognose** Ende November veröffentlichen werde. Doch die Wiener Zeitung hatte daraus bereits vorab Zahlen veröffentlicht. Danach werde sich der Zuschussbedarf des Bundes zu den Pensionen in den kommenden 5 Jahren **um 12,7 Mrd. Euro, also um 50 %** gegenüber der vorjährigen Prognose **erhöhen**. (Anmerkung Redaktion: Damit ist die von Agenda Austria vorhergesagte Steigerung von 20,8 auf 32,8 bestätigt).

Bemerkenswert sei die Dynamik, die im Vergleich zur vorjährigen Mittelfrist-Prognose eintrete! **Das zuständige Sozialministerium** bestätigte Ö1 am 18.11. diese konkreten Zahlen nicht, sehr wohl **die Tendenz**: Man gab schriftlich bekannt, dass eine **Inflationsrate von 11 %** auch auf die Pensionen Auswirkungen habe, weil die Pensionserhöhungen sich laut gesetzlichen Vorgaben an der Inflationsrate orientieren. Die **schlechten Wirtschaftsprognosen** lassen gleichzeitig eine negative Beschäftigungsentwicklung vermuten. Dazu kommen verhältnismäßig **steigende Pensionsantritte** durch die demographische Entwicklung. Deswegen werden die Ausgaben in der Pensionsversicherung in den kommenden Jahren deutlich steigen. So das Ministerium.

Prof. Mazal analysiert

Was bedeuten diese neuen Zahlen, wurde der **Pensionsexperte der Uni Wien**, Prof. Mazal im Ö1-Interview gefragt. Er meinte, dass diese Prognose nicht sehr überraschend sei, weil schon die „normalen Prognosen“ vor den Krisen gezeigt haben, dass es zu einem deutlichen Anstieg kommen werde.

Moderator: Wie dramatisch sehen sie die Lage?

Mazal: „Wenn wir neue Risiken haben, dann müssen sich im Grunde alle Teile des Systems bewegen. Warum die Pensionen fix sein sollen, das erschließt sich mir nicht ganz.“

„Wir haben überall zusätzlichen Finanzbedarf aufgrund äußerer Entwicklungen, etwa die Energiewende, Krisen in Ukraine und Russland. Es gibt also viele neue Risiken, und für diese neuen Risiken fehlen uns die Spielräume, wenn wir das Pensionssystem für sakrosankt erklären“.

Was soll getan werden?

Moderator: Reicht es, wenn wir das **niedrige faktische Pensionsantrittsalter anheben?**

Mazal: „Ich glaube, es ist eine Vielzahl von Maßnahmen möglich und es ist eine Sache der Politik, endlich sich dieser Vielfalt der Maßnahmen zu stellen.“

Man könne natürlich weiterhin an der Pensionsschraube drehen und Pensionen reduzieren, was seit 20 Jahren defacto bei hohen Pensionen passieren würde. Oder **mehr Beitragszahler** in das System bringen (etwa Frauen, die wegen Kinder nur Teilzeit arbeiten). Und abschließend: „Die Unternehmer sollten den Arbeitnehmern das lebensbegleitende Lernen und die **Verlängerung der Lebensalterszeit** ermöglichen. Wir sind heute in der Arbeitswelt massiv unter Druck sodass die Menschen frühzeitig sagen: So früh wie möglich in Pension gehen. Das könnte man verhindern, indem man den Druck ein bisschen rausnimmt, damit man länger in Arbeit bleibt, mehr Beiträge generiert und dann auch höhere Pensionen lukrieren kann.“

Übrigens: **Die Mittelfrist- und Langfristgutachten aus November 2021** können Sie hier [nachlesen...](#)

Arbeiten wie die alten Schweden?

Agenda Austria stellt fest, dass Österreich bei der **Beschäftigung von Personen über 55 Jahren** deutlich unter dem EU-Schnitt liegt.

Unangefochtener **Spitzenreiter ist Schweden**.

Während dort fast 77 Prozent der 55- bis 64-Jährigen arbeiten, sind es in Österreich gerade einmal 55 Prozent. Das hänge auch mit dem Pensionsantrittsalter für Frauen zusammen, welches hierzulande mit 60 Jahren europaweit zu den niedrigsten gehöre und erst ab 2024 langsam angehoben werde.

Auch die **steuerlichen Arbeitsanreize** in Schweden seien deutlich höher als in Österreich.

„Würden österreichische Arbeitnehmer so besteuert wie ihre schwedischen Kollegen, blieben Durchschnittsverdienern rund 3.000 Euro netto im Jahr mehr“, rechnet Agenda Austria-Ökonom Dénes Kucsera vor.

Es müsse mehr dafür getan werden, dass ältere Arbeitslose wieder in Beschäftigung kommen. Der Staat sollte gegensteuern. **Finanzielle Hilfen für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer** könnten helfen, den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

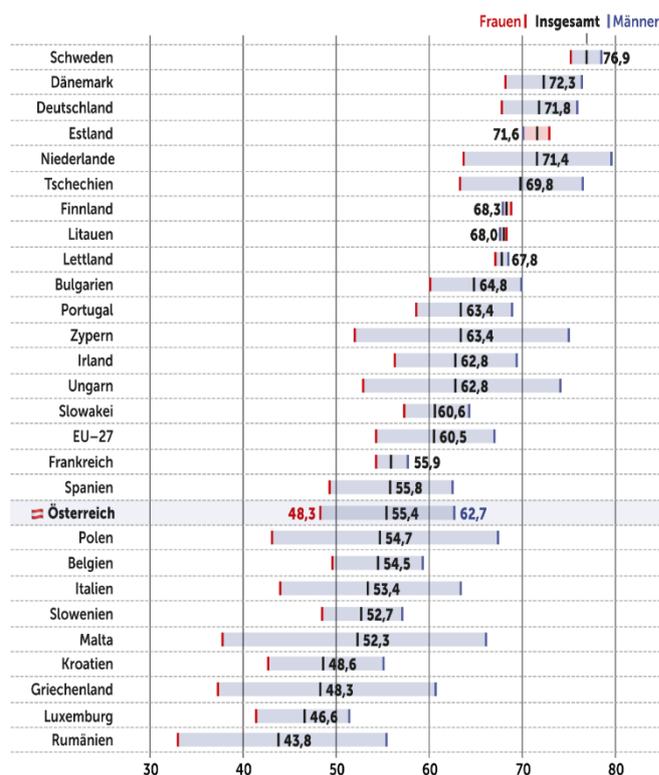
Wer länger arbeitet soll mehr Geld bekommen

Arbeitsminister Kocher informierte kürzlich im ORF-Report, dass eine **Frühpension** nur noch aus guten gesundheitlichen Gründen möglich sei und aufgrund des derzeit hohen Arbeitskräftemangels sprach er sich für Anreize aus, damit Menschen auch über die Pension hinaus arbeiten. Man könnte für diese Leute etwa die **Sozialversicherungsbeiträge streichen**, so Kocher.

Knapp vor Fertigstellung dieses BAV-Newsletters wurde das aktuelle **Gutachten der Pensionsversicherungskommission veröffentlicht**. Darin werden tatsächlich die Zahlen bestätigt, die seit Tagen „herumschwirren“ und in diesem Newsletter genannt wurden.

Erwerbstätigkeit Älterer in der EU

–Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen im EU-Vergleich im Jahr 2021, in Prozent



Quelle: Eurostat.



	2022	2023	2024	2025	2026	2027
in Mrd. Euro	26,1	28,9	32,4	34,8	36,6	37,9
	13,3	14,1	15,2	15,9	16,4	16,7
	12,8	14,8	17,2	18,9	20,2	21,2

◀ Pensionen gesamt
 ◀ Beamte [+ 26 %]
 ◀ Pensionsversicherung [+ 65 %]

Quellen: Alterssicherungskommission, BMF, BMSGPK | DER STANDARD

Graphik: Der STANDARD, basierend auf Zahlen der Alterssicherungskommission

Der Bundeszuschuss für die gesetzliche Pensionsversicherung der Arbeiter, Angestellten, Bauern und Selbstständige wächst von heuer 12,8 auf 21,2 Milliarden Euro im Jahr 2027 an. **Ein Plus von 65 % binnen 5 Jahren.** Rechnet man die Ausgaben für Beamte noch dazu, kommt man auf die 38 Mrd. Euro, die Agenda Austria (siehe Anfang dieses Beitrags) prognostiziert hatte.

Bedauerlicherweise konnte sich die Pensionskommission laut Bericht im Ö1-Abendjournal vom 30.11. **auf keine Handlungs-Empfehlungen einigen.**

Dr. Christoph Badelt, langjähriger Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien, ehemaliger Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WiFO) und nun Fiskalratspräsident, also „**oberster Wächter**“ der Staatsfinanzen bzw. der Staatsverschuldung Österreichs meinte zum neuen Bericht der Pensionsversicherungskommission im ORF ZIB-2-Interview am 30.11.:

Hätten wir nur diese „Pensionsprobleme“, dann wäre das schon zu stemmen. Aber es gebe zusätzlich und **langfristig so viele Bereiche, die viel Geld vom Staat benötigen** werden (er erwähnte etwa die extremen Steigerungen im Gesundheits- und Pflegebereich, technologische Veränderungen und Umweltmaßnahmen), dass sich das alles im staatlichen Budget **nicht mehr ausgehen werde.**

Walter Pöltner, bisheriger Leiter der Pensionsversicherungskommission, im Vorjahr wegen Verärgerung über das Nicht-Handeln der Politik zurückgetreten) wird im Standard wie folgt zitiert: „Es koste ihn **Mühe, seinen Zorn zu unterdrücken.** Erschreckend sei es, wie die Politik wider besseres Wissen negiere, dass die Alterung der Gesellschaft die Kosten für Gesundheit, Pflege und Pensionen hinauftreibe: Das Problem wird auf die nächste Generation verschoben. **Rechtlich gesehen würde das auf fahrlässige Krida hinauslaufen.**“

Ob diese **zahlreichen Warnungen der Experten** durch eine Zusicherung „Die Pensionen sind gesichert“ aufgehoben werden können, ist wohl zu bezweifeln. Informieren Sie Ihre Kunden und Kundinnen sachlich und fragen dann nach deren Einschätzung! An der Absicherung der staatlichen Pensionssäule durch eine ergänzende 2. und 3. Säule führt kein Weg vorbei. Es liegt an der Finanz- und Versicherungswirtschaft und allen Beratern und Beraterinnen, für Kunden und Kundinnen geeignete Vorsorgelösungen – abgestimmt auf das jeweilige persönliche Risikoprofil – anzubieten und diese zu beraten.

Quellen: Agenda Austria, Ö1-Mittags-/ Abendjournal, Staatsschulden.at, Profil.at, Krone.at, Der Standard.at, ORF-ZiB-2-Interview